

Niederschrift Nr. 12 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 28.04.2003

Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgeb. II
Sitzungsdauer: 17:00 bis 18:25 Uhr

Den Vorsitz führte: MdR Roland Riese

ANWESENDE:

CDU/F.D.P.

Ratsherr Roland Riese (Vorsitzender)
Ratsherr Heino Ammersken
Bürgermeister Erich Bolinius
Ratsherr Reinhard Hegewald
Ratsfrau Monika Hoffmann
Beigeordneter Benedikt Rosenboom für Beigeordneten Heinz-Werner Janßen
Ratsherr Franz Melles

SPD

Ratsherr Jürjen Heinks
Beigeordneter Horst Jahnke für Ratsherrn Bernd Kalkkuhl
Ratsherr Richard Janssen
Ratsherr Kai-Uwe Schulze
Beigeordneter Johann Südhoff

Bündnis 90/Die Grünen

Ratsherr Bernd Renken

Von der Verwaltung

Oberbürgermeister Alwin Brinkmann
Erster Stadtrat Jan Röttgers
Stadtrat Martin Lutz
Städt. Oberamtsrat Heinz Potthast
Städt. Oberamtsrat Dieter Mansholt
Stadtamtsrat Heinz Steenhardt
Stadtamtfrau Beate Stomberg
Stadtamtfrau Annett Knochenhauer (Protokollführerin)

Als Gäste

Ratsherr Gerhard Schaudinn
Zwei Vertreter der örtlichen Presse
4 Zuschauer

Punkt : 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Riese eröffnet die Sitzung um 17.00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt : 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Ammersken stellt den Antrag, die Tagesordnungspunkte 5 c und 6 in umgekehrter Reihenfolge zu behandeln.

Niederschrift Nr. 12 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 28.04.2003

Herr Brinkmann erläutert, dass die Tagesordnungspunkte 5 a, 5 b und 5 c als Einheit zu sehen seien und, soweit der Beschlussvorschlag zu TOP 5 c angenommen würde, der TOP 6 hinfällig werde. Soweit keine Annahme des Beschlussvorschlages zu TOP 5 erfolge, würde anschließend der TOP 6 besprochen werden.

Auf den Einwand von **Herrn E. Bolinius**, dann den TOP 6 vor den TOP 5 a zu stellen, erläutert **Herr Brinkmann**, dass es der immer angewandten Systematik entspreche, zunächst die Vorlagen und erst anschließend die Anträge zu behandeln.

Im Rahmen der sich anschließenden Diskussion macht **Herr Renken** den Vorschlag, die TOP 5 c und 6 zu einem Tagesordnungspunkt zusammenzuführen und innerhalb dieses TOP über beide Beschlussvorschläge beschließen zu lassen.

Die gemeinsame Behandlung der Vorlagen 14-634 und 14-638 unter dem Tagesordnungspunkt 5 c wird einstimmig beschlossen und die Tagesordnung mit dieser Änderung festgestellt.

Punkt : 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 26.03.2003

Herr Renken macht deutlich, dass er nicht Grundmandatsinhaber, sondern ein stimmberechtigtes Mitglied im Ausschuss sei und bat um zukünftige Beachtung in den Niederschriften.

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

Punkt : 4 Einwohnerfragestunde zu den Tagesordnungspunkten

Ein Bürger (**Herr T. Heuermann**) meldet sich zu Wort und führt aus, dass er im Namen der örtlichen Bauwirtschaft für die Initiative „Allianz der Vernunft“ plädiere und drückt seine Freude über diese Initiative aus.

Herr Riese begrüßt das durch die Anwesenheit gezeigte Interesse.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

Punkt : 5 Vorlage 14-577
1. Nachtrag 2003 mit Investitionsprogramm Emden für das Handwerk und den Mittelstand;
einschließlich der Anträge der FDP-Fraktion vom 07.04.03 (Aufteilung in drei Vorlagen) und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.04.2003

Herr Lutz führt eingangs aus, dass nach Behandlung der Vorlage für eine „Allianz der Vernunft“ in der letzten Sitzung festgestanden habe, die Punkte bezüglich der Nachtragshaushaltssatzung, der Gründung einer Anstalt des öffentlichen Rechts sowie des Verwaltungsneubaus gesondert zu behandeln, und infolge dessen sei für diese Sitzung eine Trennung durchgeführt worden. Er bedankt sich für die bei ihm zwischenzeitlich eingegangenen diesbezüglichen Anregungen und Anträge.

Die Stadt Emden befände sich, so **Herr Lutz** weiter, in der in Niedersachsen wahrscheinlich einmaligen Situation, im Rahmen des Abschlusses des Haushaltes 2002 einen Überschuss in Höhe von nahezu 5 Millionen Euro verzeichnen zu können. Der Vorschlag laute, diesen

Niederschrift Nr. 12 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 28.04.2003

Betrag sinnvollen Investitionen, wie insbesondere der Sanierung von Schulen oder der Sanierung von Straßen, zuzuführen.

Herr Riese erläutert, dass zu diesem Tagesordnungspunkt ein Änderungsantrag der Fraktionen der CDU, der FDP und Bündnis 90/Die Grünen vom 28.04.2003 vorliege.

Herr Renken führt hierzu inhaltlich aus, Tenor dieses Antrages sei, aus den vorgesehenen Mitteln für den Straßenbau in Höhe von 900.000 Euro einen Anteil in Höhe von 150.000 Euro zugunsten des Radwegeprogramms zu entnehmen. Dieses würde nicht das Volumen des Nachtragshaushaltes verändern, sondern lediglich eine Umschichtung der Mittel bedeuten. Da weit über 20 % der Wege in Emden mit dem Fahrrad erfolgten, sei dies als ein angemessener Beitrag zur Verbesserung des Fahrradverkehrs anzusehen.

Herr E. Bolinius schließt sich den Ausführungen von Herrn Renken an und macht zudem deutlich, dass die FDP-Fraktion mit dem vorgelegten Nachtragshaushalt sehr zufrieden sei und diesem daher zustimmen werde. Aufgrund ihm vorgetragener Beschwerden von Bürgern bitte er jedoch um Kostenermittlung und Überprüfung, inwieweit der Zustand der Straße im Bereich Roten Mühle Priorität vor den aufgeführten Maßnahmen habe und ggf. eine andere Straße zunächst in der Sanierung zurückstehen müsse. Der dort zu verzeichnende Gestank aus der Kanalisation sei für die Anwohner nicht mehr hinnehmbar. Zum anderen sei ihm, so **Herr Bolinius** weiterhin, von Herrn Lutz bezüglich der bestehenden Forderung der FDP-Fraktion, 30.000 Euro für den Stadtsportbund zur Verfügung zu stellen, mitgeteilt worden, dass dieses aus den Geldern des Vermögenshaushaltes nicht möglich sei. Er bitte nochmals eindringlich darum, diesen Betrag für den Stadtsportbund zur Verfügung zu stellen.

Herr Hegewald stellt heraus, dass im Bereich der Stadt Emden ein großer Sanierungsbedarf bestehe und seitens der CDU-Fraktion schon frühzeitig auf ein erforderliches Programm, auch zur Unterstützung der hiesigen Bauwirtschaft, hingewiesen worden sei. Es sei nun geboten, die benannten Investitionen vorzunehmen. In der Hoffnung auf Nachhaltigkeit werde seine Fraktion daher dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Herr Jahnke schließt sich den Ausführungen seines Vorredners an und betont, dass dieses Programm ausgewogen und bei der bestehenden hohen Arbeitslosigkeit ein Schritt in die richtige Richtung sei. Bezüglich des vorliegenden Antrages der vorgenannten Fraktionen zum Radwegeprogramm drückt er sein Befremden darüber aus, dass eine Beteiligung der SPD-Fraktion im Vorfeld nicht stattgefunden habe, diese jedoch wünschenswert gewesen wäre. Über den Antrag müsse in der Fraktion zunächst gesprochen werden, auch vor dem Hintergrund, dass diesbezügliche Mittel im allgemeinen Ansatz vorhanden sein müssten. Im Weiteren schließt er sich der Bitte von Herrn E. Bolinius an, den desolaten Zustand der Straße an der Roten Mühle kurzfristig zu prüfen. Ebenso unterstreicht er die Forderung, dem Stadtsportbund 30.000 Euro zur Verfügung zu stellen, da insbesondere Kürzungen im Bereich der Übungsleitergelder und Sportplatzunterhaltung nicht hinnehmbar seien.

Herr Brinkmann ist befremdet über den vorliegenden Änderungsantrag, über den auch die Verwaltung im Vorfeld der Sitzung nicht in Kenntnis gesetzt worden sei. Den Fraktionen sei eine Umschichtung bei den Mitteln selbstverständlich unbenommen und ihm, Herrn Brinkmann, obliege keine diesbezügliche Entscheidung, sondern allenfalls eine Kommentierung. Bezüglich der beantragten Mittel für den Stadtsportbund stehe fest, so **Herr Brinkmann** weiter, dass keine Mittel aus dem Vermögenshaushalt in den Verwaltungshaushalt umgeschichtet werden können. Die Verwaltung sei jedoch bemüht, die Mittel in besagter Höhe zu erwirtschaften. Er weist aber auf den Eckdatenbeschluss hin, wonach es „nicht so gut aussehe“ und frühestens Mitte des Jahres eine Erwirtschaftung der Mittel erkennbar sei.

Niederschrift Nr. 12 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 28.04.2003

Herr E. Bolinius stellt fest, dass man sich damit schon auf gutem Wege befinde. Bezüglich des heute eingebrachten Antrages erläutert er, dass erst am vergangenen Freitag eine diesbezügliche Entscheidung getroffen, der Antrag am heutigen Tage unterschrieben worden und insoweit ein früheres Einbringen nicht möglich gewesen sei. Er macht deutlich, dass dahinter kein böser Wille gesteckt habe.

Zu den nachfolgenden Ausführungen von **Herrn Renken** bezüglich des vorliegenden Antrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Zwischenbau am Kindergarten Ökowerk erläutert **Herr Brinkmann**, dass dieser dem zuständigen Ausschuss vorgelegt werde.

Herr Riese schlägt vor, zunächst über den Änderungsantrag der Fraktionen CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen und anschließend über den 1. Nachtrag 2003 mit der beantragten Änderung zu beschließen.

Der Änderungsantrag der Fraktionen CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen vom 28.04.2003 wurde mit 8 Stimmen und 5 Enthaltungen angenommen.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die als Anlage der Vorlage 14/577/1 beigefügten ersten Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2003 mit folgender Änderung in der Anlage 2: Reduzierung des Ansatzes 6300-9650 um 150.000,00 Euro zugunsten des Ansatzes 6300-9670 Radwegeprogramm.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 6 Vorlage 14-633
Gründung einer Immobilienanstalt der Stadt Emden zur Sanierung insbesondere von Schulgebäuden

Herr Lutz stellt eingangs dar, dass Zweck dieser kommunalen Anstalt des öffentlichen Rechts insbesondere sei, außerhalb des Vermögenshaushaltes die Instandhaltung von Schulen zu ermöglichen. Bei der Auswahl der in die Anstalt als Stammkapitalausstattung einzubringenden Grundstücke habe man nach zwei Gruppen von Gebäuden unterschieden. Zum einen habe man Schulen mit einem geringen Instandsetzungsbedarf, insbesondere Neubauten wie z. B. die Schule Constantia, ausgewählt. Weiterhin habe man die Verwaltungsgebäude I und II, ebenfalls mit einem geringen Instandsetzungsbedarf, einbezogen, da für diese Gebäude direkte Mietzahlungen erfolgten, die eine Refinanzierung der Kosten durch Mieteinnahmen ermöglichen. Festzustellen sei, dass, je mehr Miete der Anstalt zufließe, desto weniger Darlehen finanziert werden müssten, was einer Liquiditätssicherung diene. Als weitere Gruppe habe man Gebäude mit einem sehr dringenden Instandsetzungsbedarf aufgenommen. Hier sei als Beispiel die Realschule Herrentor zu nennen, wo bereits für das Jahr 2002 der Einbau neuer Fenster geplant gewesen, jedoch nicht realisiert worden sei. Zu berücksichtigen sei hierbei auch die mit neuen Fenstern zu erwartende Energiekosteneinsparung. Durch die Gründung dieser Anstalt werde sichergestellt, dass Instandsetzungsarbeiten kontinuierlich durchgeführt werden können.

Herr Lutz führt weiter aus, dass der Namensvorschlag „Immobilienbetrieb der Stadt Emden“ mit dem Zusatz „Anstalt des öffentlichen Rechts“ laute, dieses aber noch nicht verbindlich sei und andere Vorschläge gerne entgegengenommen würden. In der vergangenen Woche, so **Herr Lutz** weiter, habe bekanntlich ein Seminar der Firma Wibera mit Erläuterungen zu dieser neuen Möglichkeit der Rechtsform der kommunalen Anstalt des öffentlichen Rechts und ihren Funktionen stattgefunden. Die Stadt Emden sei eine der ersten Kommunen Niedersachsens, die von dieser neuen Möglichkeit mit dem vorliegenden Satzungsentwurf Gebrauch gemacht habe. Mit diesem Entwurf sei versucht worden, die Rechte und Aufgaben

Niederschrift Nr. 12 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 28.04.2003

des Rates und des Verwaltungsausschusses zu sichern und auch zu verankern. Der Verwaltungsrat stelle sich hiernach mehr als ein reines Aufsichtsorgan dar. Die Besetzung des Vorstandes sei mit einer Person vorgesehen. Über weitere Beschäftigte solle die Anstalt zurzeit nicht verfügen, vielmehr sei vorgesehen, sich der Leistungen der Stadtverwaltung zu bedienen. So könnten sich z. B. bei der Stadtverwaltung beschäftigte Ingenieure refinanzieren. Die Firma Gewoba werde voraussichtlich einen großen Teil der Verwaltungsarbeit erledigen. Für die Stammkapitalausstattung der Anstalt würden die in der Anlage aufgeführten Gebäude als Buchwert in Höhe von insgesamt 13,5 Millionen Euro eingebracht. Grunderwerbssteuer sei durch die Anstalt dafür nicht zu zahlen.

Die Frage von **Herrn E. Bolinius**, aus welchen Gründen nicht alle Schulen in die Anstalt eingebracht würden, sondern lediglich die benannten, beantwortet **Herr Lutz** dahingehend, dass die Schulen Constantia, Petkum-Widdelswehr und Wolthusen über einen hohen Wert mit geringem Instandsetzungsbedarf verfügten. Investitionen seien hier nicht zu erwarten, dafür aber Mieteinnahmen, die der Liquiditätssicherung dienten. Bei der ausschließlichen Aufnahme von Gebäuden mit vorhandenem Investitionsbedarf wäre keine Liquidität der Anstalt zu erwarten. Die weiteren Schulen mit Instandsetzungsbedarf habe man nach Dringlichkeit der vorzunehmenden Baumaßnahmen ausgewählt. Als Beispiel nannte **Herr Lutz** das Gymnasium am Treckfahrtstief und das Johannes-Althusius-Gymnasium hinsichtlich der naturwissenschaftlichen Räumlichkeiten. Bei den Schulen seien insgesamt Investitionen in Höhe von ca. 5,5 Millionen Euro vorgesehen.

Herr Hegewald hegt die Hoffnung, dass mit Errichtung dieser Anstalt der bestehende Sanierungsstau sicherlich aufgehoben werde, bittet aber um Erstellung einer sogenannten Prioritätenliste. Seine Frage, ob die vorgesehene Position des Vorstandes mit einer Person der Stadt besetzt werde, beantwortet **Herr Brinkmann** dahingehend, dass diesbezüglich noch keine Entscheidung getroffen sei und ein Vorschlag zu gegebener Zeit gemacht würde. Die Vorstellung gehe dahin, die städtische Liegenschaftsverwaltung in einem noch nicht bestimmbareren Zeitraum zur Anstalt überzuleiten und dass dafür auf Dauer eine Verwaltungskraft als Geschäftsführer benötigt werde.

Nach Aussage von **Herrn Renken** seien bereits viele offene Fragen beantwortet worden. Er macht deutlich, dass eine praktikable Lösung benötigt werde, die sich nur in einem schrittweisen Prozess vollziehen könne. Auf seine Frage, aus welchen Gründen die vorgesehenen übrigen Mitglieder des Verwaltungsrates ausschließlich Ratsmitglieder und nicht auch andere sachkundige Personen außerhalb des Rates sein könnten, antwortet **Herr Lutz**, dass damit eine direkte Einflussnahme des Rates auf die Anstalt vorgesehen sei. Da weiterhin die Ratsmitglieder an Formalien dieser Art gewöhnt seien, laute die Empfehlung der Verwaltung, den Verwaltungsrat hinsichtlich der übrigen Mitglieder mit Ratsmitgliedern zu besetzen.

Herr Renken bat des Weiteren um eine Ergänzung des Entwurfes dahingehend, dass auch Fraktionen, die nicht im Verwaltungsrat vertreten seien, nicht nur ein Ratsmitglied als beratendes Mitglied, sondern auch zwei Vertreter benennen können. **Herr Lutz** sagte zu, dass dieses kein Problem darstelle. Auf die nach Ansicht von **Herrn Renken** bestehenden Wiederholungen in einzelnen Regelungen, insbesondere in § 7 c sowie § 6 Nr. 3 a, erläutert **Herr Lutz**, dass dieses aus deklaratorischen Gründen erfolgt sei, um insbesondere die Stellung des Rates herauszustellen. Er weist darauf hin, dass diese vorgesehene starke Stellung des Rates nicht allgemein üblich sei.

Herr Jahnke begrüßt diesen innovativen und kurzfristig erstellten Vorschlag, der in die Lage versetze, 5,5 Millionen Euro in Schulen zu investieren. Eine Förderung der Bauwirtschaft sei ebenso zu erwarten wie eine Sicherung der Schulen für die Kinder. Die SPD-Fraktion werde daher dem Vorschlag zustimmen.

Niederschrift Nr. 12 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 28.04.2003

Herr Riese lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss: Die als Anlage der Vorlage 14-633 beigefügte Satzung des Immobilienbetriebes der Stadt Emden in der Rechtsform der Anstalt des öffentlichen Rechts wird beschlossen.
Gleichzeitig werden die Vermögensgegenstände nach der Anlage 1 der Satzung auf die Anstalt übertragen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 7 Vorlage 14-634
Ersatzbau für Verwaltungszwecke unter Einbeziehung der bau-, finanz- und steuerrechtlichen Möglichkeiten der Gewoba
und
Vorlage 14-638 Neubau eines Verwaltungsgebäudes; Antrag der FDP-Fraktion vom 07.04.2003 auf Erstellung von Alternativen

Herr Brinkmann führt aus, dass die Vorlagen zu den Punkten Nr. 5 a, 5 b und 5 c unter dem Oberbegriff der Allianz der Vernunft als Einheit und komplettes Programm anzusehen seien. Die eingangs erfolgte Einlassung des Bürgers mache deutlich, wie es um die Bauwirtschaft stehe. Die Gründe für diesen Vorschlag des Verwaltungsneubaus seien bereits in der Vergangenheit eingehend erläutert worden. Die Verwaltung habe alle bestehenden Alternativen geprüft und dargelegt. Zu nennen seien hier insbesondere die Alternativen

- Aufstockung des Verwaltungsgebäudes I
- Erweiterungsbau auf dem Frickesteinplatz
- Nutzung des Parkplatzes an der Mettmannstraße für den Bau eines Gebäudes
- Räumlichkeiten des ehemaligen Hauptzollamtes Emden und
- Räumlichkeiten des Postgebäudes.

Da aber diese Alternativen entweder negativ beschieden worden seien oder sich als zu teuer erwiesen hätten, halte die Verwaltung an dem vorliegenden Vorschlag fest, der sich im Hinblick auf die örtliche Bauwirtschaft sowie auch bezüglich der Auswirkungen der verwaltungsinternen Kosten als vernünftig darstelle. **Herr Brinkmann** betont ausdrücklich, dass dieser Vorschlag keine negativen Auswirkungen auf die Mittel des Straßenbaus und des Hochbaus habe. Auch wenn von einer Nettoneuverschuldung gesprochen werde, sei dieses nicht richtig. Der im Anschluss an einen Beschluss zu fertigende Mietvertrag werde selbstverständlich dem Rat vorgelegt. Zu erwähnen sei auch, dass hinsichtlich einer energiesparenden Bauweise bereits einige Gespräche geführt worden seien. Da nunmehr alle Argumente hinsichtlich eines Für und Wider ausgetauscht seien, werbe er, Herr Brinkmann, insbesondere auch unter dem Hinweis der nicht mehr akzeptablen Verhältnisse im Neptunhaus eindringlich um Zustimmung.

Herr E. Bolinius erwidert, dass sich die Kosten des Neubaus mit ca. 5,2 Millionen Euro aus seiner Sicht als viel zu hoch darstellten und es damit auch noch nicht getan sei. Hinzu kämen noch weitere Kosten, wie z. B. für EDV-Leitungen. Die Verhältnisse im Neptunhaus seien unstrittig nicht mehr haltbar. Ebenso sei die FDP-Fraktion der gleichen Meinung wie der Personalrat, der in seinem Schreiben bezüglich Neubau eines Verwaltungsgebäudes ausgeführt habe, dass die Dezentralisation Kosten verursache. Die von der FDP-Fraktion vorgeschlagene Ausschreibung eines Wettbewerbes ziehe zwar Kosten nach sich (50.000 Euro), die aber im Vergleich zu den Gesamtkosten vergleichsweise gering seien. So sei man der festen Überzeugung, dass auch andere Maßnahmen machbar seien, z. B. Aufstockung des Verwaltungsgebäudes I, Bau eines Zwischengebäudes, und es diesbezüglich findige Architekten gebe. Die Intention gehe dahin, eventuelle Alternativen

Niederschrift Nr. 12 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 28.04.2003

neutral prüfen zu lassen. Da auch das Grundstück gekauft werden müsse, fielen weiterhin noch Grundstückskosten in geschätzter Höhe von 1,2 Millionen Euro an. Weiterhin müsse auch berücksichtigt werden, dass von ehemals 1.200 Beschäftigten nunmehr nur noch 600 Beschäftigte mit einem daraus resultierenden geringeren Raumbedarf bei der Stadtverwaltung tätig seien. Hinzu komme, so **Herr E. Bolinius** weiterhin, dass derzeit in Emden sehr viele Büroräume leer stünden. Hier seien insbesondere das Telegrafenamts und das Postgebäude zu nennen. Soweit ein Neubau erfolge, würden zusätzlich auch noch städtische Räume leer stehen. Des Weiteren sei die FDP-Fraktion der Meinung, dass auch aus Gründen des Lärmschutzes an der vorgeschlagenen Stelle kein Bürogebäude gebaut werden solle. Letztlich gehe man davon aus, dass ein Projekt dieser Größenordnung bundesweit ausgeschrieben werden müsse, und man nicht sicher sein könne, dass überhaupt eine ortsansässige Firma zum Zuge käme. Unter Berücksichtigung aller dieser vorgenannten Gründe lehne die FDP-Fraktion, so **Herr Bolinius** zusammenfassend, einen Neubau ab.

Herr Brinkmann korrigiert die von Herrn E. Bolinius angeführten Beschäftigtenzahlen dahingehend, dass von ehemals 1.100 Beschäftigten derzeit noch rund 800 Beschäftigte bei der Stadtverwaltung tätig seien. Aufgrund vorgenommener Personalreduzierungen habe man sechs Standorte von Büroräumen bereits aufgelöst. Unter dem Hinweis, dass dieser Beschluss und die vorangegangenen Prüfungen von sachkundigen Personen ausgearbeitet worden seien, warne er vor der Vermittlung des Eindruckes in der Öffentlichkeit, die Stadtverwaltung wisse nicht, was sie tue. So könne allein die Äußerung hinsichtlich der zu erwartenden Grundstückskosten in Höhe von über 1 Mio Euro, ein Betrag, der nie von Seiten der Verwaltung genannt worden sei, einen falschen Eindruck entstehen lassen. **Herr Brinkmann** versicherte, dass mit diesem Konzept kein Aufpreis gezahlt werde, sondern es hierbei um ein gegenseitiges Nehmen und Geben gehe. Dass Vorschriften eingehalten werden müssten, z. B. Lärmvorschriften, sei bekannt und werde auch beachtet. Er bitte inständig darum, nur faire und vernünftige Argumente vorzubringen.

Herr E. Bolinius räumt ein, die genauen Beschäftigtenzahlen nicht gekannt zu haben. Er betont aber, keine Unwahrheit damit gesagt zu haben, dass im Gebiet der Stadt Emden Büroräume leer stünden. Nach Meinung der FDP-Fraktion erscheine der vorgesehene Neubau in der heutigen Zeit zu teuer, und man sei der Meinung, mit weniger Mitteln ebenfalls adäquate Möglichkeiten finden zu können. Er macht deutlich, dass er für die FDP-Fraktion und nicht für seine Person spreche und bitte, dieses bei der Diskussion zu berücksichtigen. Bezüglich der Ermittlung des Grundstückspreises habe man einen Betrag in Höhe von 30 Euro, der in der Emdener Zeitung genannt gewesen sei, zugrunde gelegt und daraufhin aufgrund der Grundstücksgröße den Gesamtpreis rechnerisch ermittelt.

Herr Lutz betont, dass der Gesamtpreis für den Neubau sehr wohl zu akzeptieren sei. Nach vorliegenden Berechnungen benötige man für die betreffenden Beschäftigten 2.500 qm Bürofläche. Im Neptunhaus verfüge man über 1.280 qm. Hier seien nur sehr kleine Büroräume vorhanden, und das bei sehr publikumsintensiven Bereichen. Auch das ehemalige Wöchnerinnenheim und die Erziehungsberatungsstelle verfügten über zu wenig Räume. Durch einen Ausbau des Dachgeschosses des Neptunhauses, so **Herr Lutz** weiter, würden maximal 180 qm und durch einen Anbau an das Neptunhaus maximal 800 qm an Bürofläche hinzugewonnen werden. Hierbei sei auch wegen Wegfall der vorhandenen Parkplätze die Zahlung eines sogenannten Ausgleichs zu berücksichtigen. Soweit man alle Kosten der alternativen Möglichkeiten addiere, stelle man fest, dass man für den gleichen Preis ein neues, zugleich bürgerfreundliches und mit angemessenen Büroräumen ausgestattetes Gebäude bauen könne, welches auch noch zu Synergieeffekten führe. **Herr Lutz** betont, dass die entstehenden Kosten, insbesondere Mietkosten, nicht den Nachtrag belasten, sondern sich als Refinanzierung darstellten.

Niederschrift Nr. 12 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 28.04.2003

Nach Ansicht von **Herrn Ammersken** hört sich das nach einer sogenannten „eierlegenden Wollmilchsau“ an. Die voraussichtlichen Kosten in Höhe von 5,2 Millionen Euro seien doch an irgendeiner Stelle fremd zu finanzieren. Da müsse man zwangsläufig überlegen, ob diese Gelder tatsächlich für einen Verwaltungsneubau oder nicht doch für wichtigere Sachen angelegt werden sollten.

Nach Ansicht von **Herrn Brinkmann** wird hier der Eindruck erweckt, als könnten die Mittel anderweitig angelegt werden. Aber, so stellte er klar, diese Mittel seien eben nicht vorhanden. Er bitte eindringlich darum, seiner Person nicht zu unterstellen, dass dem Ausschuss etwas „untergeschoben“ werde. Er, so **Herr Brinkmann**, akzeptiere selbstverständlich andere Meinungen, fordere aber, ausschließlich vernünftige und nachvollziehbare Gründe gegen einen Neubau zu nennen, aber keine Fakten, die falsch seien und ggf. Leserbriefe nach sich zögen, die gerade diese falschen Fakten aufnahmen. Er erläutert weiter, dass man aufgrund eines festgestellten Raumbedarfes, der sich nur als Minimum darstelle, zwei Anbieter nach den voraussichtlichen Mietkosten befragt habe. Aus dieser Anfrage sei die Gewoba als der günstigere Anbieter hervorgegangen. Eine solche Anfrage stelle sich als ganz normale Angelegenheit dar, wie sie auch im normalen Geschäftsverkehr üblich sei.

Herr Heinks führt aus, dass die Argumente der Verwaltung verständlich seien und auch Alternativen besprochen worden seien. Er betrachte diese Maßnahme als Verbesserung der Bedingungen für die Beschäftigten in ihren Räumlichkeiten sowie auch als Chance für die Bauwirtschaft.

Den Ausführungen von **Herrn Röttgers** zufolge würde der Erhalt des Neptunhauses erhebliche Investitionen nach sich ziehen. Er spreche diesbezüglich insbesondere die undichten Fenster mit ihrem daraus resultierenden erheblichen Energieverlust sowie die nicht vorhandenen, aber vorgeschriebenen Brandwege an. Bei einem Neubau müssten insbesondere auch die Synergieeffekte im Personalbereich beachtet werden, die durch die Zusammenfassung von bisher vier Standorten zu einem Standort erreicht würden. Er stellt heraus, dass die zu erwartende monatliche Miete nicht höher sei als die alternativ zu erwartenden laufenden Kosten. Er räumt ein, dass, soweit die Stadt Emden über ein Grundstück verfügte, die Gesamtkosten sich sicherlich günstiger darstellen würden, ein adäquates Grundstück aber nicht vorhanden sei. Bei der Kostenbetrachtung für die verschiedenen Alternativen müsse man zugunsten eines Neubaues ebenfalls die positive Stadtentwicklung mit berücksichtigen. Obschon Bürogebäude leer stünden, fehle es doch an qualitativen Büroräumen. Dies sei ein Grund, warum sich der Investor überhaupt traue, am Hafen ein zusätzliches Bürogebäude zu bauen. **Herrn Röttgers** Ansicht nach lägen die Vorteile für den Neubau deutlich auf der Hand, die sich insbesondere auch daraus ergäben, dass sich mit einer Mietzahlung der gute Zustand eines Neubaues auch dauerhaft erhalten ließe.

Herr Hegewald erläutert, dass die CDU-Fraktion, nachdem ihr zwischenzeitlich klar geworden sei, dass den Schulen und auch anderen Bereichen durch diese Maßnahme keine Gelder vorenthalten würden, dem Beschluss zustimmen werde.

Herr Rosenboom schließt sich den Ausführungen Herrn Hegewalds an und stuft die Argumente der Verwaltung als überzeugend ein.

Den Ausführungen **Herrn Renkens** zufolge, wonach Vertrauen gut, Kontrolle aber besser sei, sei der Vorschlag in seiner Fraktion kritisch diskutiert worden. Er sehe die Chance, aufgrund daraus resultierender effizienterer Verwaltungsstrukturen ggf. mehr als die benannten 80.000 Euro an Personalkosten einzusparen. Auch stelle sich dieses als günstigere Alternative gegenüber einem Bau des Investors dar. Weiterhin hege er die Hoffnung, dass auch ökologische Komponenten umgesetzt werden, und benenne hierbei als

Niederschrift Nr. 12 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 28.04.2003

Beispiel das kürzlich mit einer Photovoltaik ausgestattete Gebäude des Nds. Landesamtes für Ökologie. Er appelliert zusammenfassend, der Vorlage zuzustimmen, was seine Fraktion tun werde.

Nachdem kein weiterer Wortbeitrag erfolgt, lässt **Herr Riese** über die Vorlagen abstimmen.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN/GRUPPEN

Punkt : 8 Vorlage 14-638
Neubau eines Verwaltungsgebäudes; Antrag der FDP-Fraktion vom 07.04.2003 auf Erstellung von Alternativen

Beschluss: Auf den der Vorlage 14-638 beigefügten Antrag der FDP-Fraktion vom 07.04.2003 wird verwiesen.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Dafür: 004
Dagegen: 007
Enthalt.: 002

Beschluss: Mit der Gewoba Emden mbH. ist ein Konzept für einen Ersatzbau für Verwaltungszwecke unter Einbeziehung der bau-, finanz- und steuerrechtlichen Möglichkeiten der Gewoba Emden mbH. zu erarbeiten. Bis zur nächsten Ratssitzung ist ein beschlussfertiger Mietvertrag zwischen der Gewoba Emden mbH. und der Stadt Emden zur Nutzung des Ersatzgebäudes zu erstellen.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

Dafür: 007
Dagegen: 004
Enthalt.: 002

Punkt : 9 mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Keine

Punkt : 10 Anfragen

Keine

Eine nichtöffentliche Sitzung findet nicht statt.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 18.25 Uhr.